



# Kinder, Kinder, Kinder

Ist eine Steigerung der Kinderzahl in Deutschland überhaupt möglich?

Juli 2007

eingereicht von:

Annelene Wengler  
Fredersdorfer Strasse 14  
10243 Berlin  
annelene.wengler@gmail.com

Anne-Kristin Kuhnt  
Am Bäckerhörn 36  
18146 Rostock  
anne.kristin.kuhnt@gmail.com

# Gliederung der Arbeit

Abkürzungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	4
1. Einleitung	5
2. Deutschland – europäisches Problemkind?	5
2.1. Perioden- und Kohortenfertilität in Deutschland und Gesamteuropa	6
2.2. Parameter der Fertilität	9
2.3. Fertilität der Migranten	12
3. Relevante Akteure in Deutschland	13
3.1. Gesetzliche Rahmenbedingungen	13
3.1.1. Elterngeld und Elternzeit	13
3.1.2. Kindergeld und Kinderbetreuung	14
3.2. Gesellschaft	14
3.3. Kinderwunsch	16
4. Europäische Nachbarstaaten und ihre familienpolitischen Maßnahmen	18
4.1. Familienpolitische Modelle	20
4.2. Gleichstellung der Geschlechter oder bevölkerungsfördernde Familienpolitik	23
4.2.1. Schweden – Gleichstellung der Geschlechter	23
4.2.2. Frankreich – Familienpolitischer Vorreiter	24
4.3. Tatsächliche Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen in Schweden und Frankreich	26
5. Schlussfolgerungen für Deutschland	27
5.1. Begrenzte Möglichkeiten der Familienpolitik	28
5.2. Möglichkeiten der Familienpolitik	30
5.2.1. Infrastruktur	31
5.2.2. Monetärer Ausgleich	33
5.2.3. Geschlechtergleichheit und Vereinbarkeitsproblematik	34
5.3. Fazit	36
Literaturverzeichnis	38

## Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AGF	Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CFR	Cohort Fertility Rate
d.h.	das heißt
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
GVG	Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V.
Hrsg.	Herausgeber
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PPAS	Population Policy Acceptance Study
s.g.	so genanntes
Tab.	Tabelle
TFR	Total Fertility Rate
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
vgl.	vergleiche
vs.	versus
VOC	Value of Children Approach
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1:	Total Fertility Rate (TFR) 2005 und Geburtenhäufigkeitsziffer der weiblichen Geburtskohorte 1960, Mitgliedsländer der EU	7
Tabelle 2:	Total Fertility Rate 1960 und 2005, Länder der europäischen Union	8
Tabelle 3:	Durchschnittsalter bei der ersten Geburt, außereheliche Geburten, Alleinerziehenden Anteil und Frauenerwerbstätigkeit, Länder der europäischen Union	10
Tabelle 4:	Gewünschte Kinderzahlen in Europa (18 bis 39 Jahre alte Frauen) 1999/2000	17

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1:	TFR im zeitlichen Verlauf, 1960 – 2005, Deutschland, Frankreich und Schweden	19
Abbildung 2:	Familienpolitikprofile in Europa	21
Abbildung 3:	Familienpolitische Maßnahmen in Deutschland, Schweden und Frankreich	22

## **1. Einleitung**

Das Thema sinkender Kinderzahlen ist in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit gerückt und wird breit diskutiert. So ist mittlerweile allgemein bekannt, dass die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder in den letzten Jahrzehnten immer stärker abgenommen hat. Betrachtet man die Kinderzahlen europaweit, fällt auf, dass Deutschland im Vergleich eine der niedrigsten Geburtenraten aufweist (Eurostat, 2007).

Die möglichen Ursachen dieses Geburtenrückganges sollen jedoch nicht vorrangiges Thema dieser Auseinandersetzung sein und können an anderer Stelle nachvollzogen werden (vgl. Peuckert, 2005; Burkart, 2006; Morgan, 2003; Birg, 2004; Schmitt, 2007). Ziel dieser Arbeit ist es, sich detailliert mit der Möglichkeit einer Steigerung der Kinderzahl in Deutschland auseinanderzusetzen und die dafür relevanten Konzepte darzustellen. Dabei wird insbesondere analysiert, inwiefern sich Deutschland familienpolitisch von anderen europäischen Fallbeispielen unterscheidet, die eine deutlich höhere Kinderzahl pro Frau aufweisen. Dies trifft speziell auf Frankreich, Schweden, Dänemark und neuerdings auch auf die Niederlande zu. Innerhalb dieses empirisch-analytischen Ländervergleichs werden politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen thematisiert sowie individuelle und partnerschaftliche Betrachtungen herangezogen.

Weiterführend sollen die Erkenntnisse dieses Vergleichs, als Grundlage für mögliche Veränderungen der deutschen Familienpolitik dienen, welche die Rahmenbedingungen für potentielle Mütter und Väter in Deutschland verbessern könnten. Innerhalb dieser breit gestreuten Handlungsoptionen werden neben altbewährten Ansätzen, welche vielleicht noch nicht erschöpfend umgesetzt wurden, auch neue, innovative Ideen von Interesse sein. Aber auch die Grenzen einer Steigerung der Kinderzahlen in Deutschland werden im Folgenden berücksichtigt und näher betrachtet, denn gerade diese sind von besonderer Relevanz.

## **2. Deutschland – europäisches Problemkind?**

Das Hauptaugenmerk dieses Kapitels soll auf der Problematisierung der niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland liegen. Dabei wird dem Unterschied zwischen Perioden- und Kohortenfertilität eine besondere Bedeutung beigemessen. Außerdem werden verschiedene statistische Maßzahlen betrachtet, welche möglicherweise einen Zusammenhang mit

der Anzahl der Kinder aufweisen, z.B. das Durchschnittsalter bei Geburt oder der Anteil an Frauenerwerbstätigkeit. Deutschland wird dabei immer im Vergleich zu den anderen 26 Ländern der europäischen Union dargestellt.

## 2.1. Perioden- und Kohortenfertilität in Deutschland und Gesamteuropa

Zur Betrachtung der Kinderzahl in einem Land wird sehr häufig die **Total Fertility Rate** (TFR) herangezogen. Dazu sei kurz erläutert, was die TFR genau beschreibt: Es werden alle in einem Jahr geborenen Kinder durch die Zahl der in der jeweiligen Altersgruppe lebenden weiblichen Personen dividiert (z.B. werden alle Geburten von 20-jährigen Müttern durch die Zahl der 20-jährigen Frauen geteilt). Anschließend werden die daraus resultierenden altersspezifischen Fertilitätsraten addiert. Die TFR entspricht demnach einer Momentaufnahme der Bevölkerung (Rowland, 2003).

Wenn man hingegen die **Cohort Fertility Rate** (CFR) als vergleichende Messeinheit wählt, betrachtet man die Geburtenzahlen einer weiblichen Kohorte. Eine Kohorte beinhaltet alle Geborenen eines Jahrgangs. Man beobachtet diese Kohorte im Zeitverlauf und wartet dabei die fertile Phase (in der Regel zwischen 15 und 49 Jahren) ab. Nach Beendigung des fünfzigsten Lebensjahres, kann man genau sagen, wie viele Kinder von Frauen dieses Jahrganges geboren wurden, indem die jeweiligen altersspezifischen Fertilitätsraten der Kohorte addiert werden. Somit stellt die CFR die tatsächlich realisierten Geburten einer Kohorte dar und ist damit keine Momentaufnahme. Ein Nachteil, der sich durch diese Betrachtung allerdings ergibt ist, dass man eine lange Wartezeit in Kauf nehmen muss, bevor man eine Aussage treffen kann. Außerdem spiegeln sich aktuelle Veränderungen erst nach einer langen Zeit in der CFR wieder. Anhand der Tabelle 1 wird der Unterschied zwischen beiden Messmethoden deutlich. An ihr lässt sich gleichzeitig Deutschlands Position bezüglich der Kinderzahl im europäischen Vergleich ablesen.

**Tabelle 1. Total Fertility Rate (TFR) 2005 und Geburtenhäufigkeitsziffer der weiblichen Geburtskohorte 1960, Mitgliedsländer der EU**

	Frankreich	France métropolitaine	Irland	Dänemark	Finnland	Vereinigtes Königreich	Wales (NUTS95)	Schweden	Niederlande	Belgien	Luxemburg (Grand-Duché)	Europäische Union (25 Länder)	Estland	Zypern	Österreich	Portugal
<b>TFR (2005)</b>	1,94		1,88	1,80	1,80	1,80		1,77	1,73	1,72	1,70	1,52	1,50	1,42	1,41	1,40
<b>Geburtenhäufigkeitsziffer<sup>1</sup> (Kohorte 1960)</b>		2,04	2,47	1,88	1,95	1,93	1,93	2,01	1,85	1,74						1,84
	Malta	Deutschland (einschließlich ex-DDR seit 1991)	DDR (vor 1990 / neue Länder)	BRD (ohne ex-DDR)	Spanien	Italien	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Lettland	Tschechische Republik	Griechenland	Litauen	Slowenien	Slowakei	Polen
<b>TFR (2005)</b>	1,37	1,34			1,34	1,34	1,32	1,32	1,31	1,31	1,28	1,28	1,27	1,26	1,25	1,24
<b>Geburtenhäufigkeitsziffer<sup>1</sup> (Kohorte 1960)</b>			1,87	1,52	1,74	1,67										

Quelle: Eurostat, 2007, eigene Darstellung<sup>2</sup>

(<sup>1</sup> die Geburtenhäufigkeitsziffer entspricht der CFR mit einer Ausnahme: da die Geburtskohorte 1960 ihre fertile Phase im Jahr 2005 noch nicht vollständig abgeschlossen hat, werden die letzten vier bis fünf Jahre anhand vorhergehender Kohorten weitergeschätzt, siehe auch Eurostat, 2007a; <sup>2</sup>France métropolitaine umfasst den zum europäischen Kontinent gehörenden Teil Frankreichs, also das französische Festland und die vor der Küste im Atlantik, im Ärmelkanal und im Mittelmeer liegenden Inseln, Angaben für Gesamt-Frankreich (mit den Regionen in Übersee) sind erst ab 1998 verfügbar)

Auch wenn die TFR (1,34) und Geburtenhäufigkeitsziffer (Gebiet der ehemalige DDR 1,87, ehemaligen BRD 1,52 für die Geburtskohorte 1960) auseinander gehen, so kann man doch für beide Maßzahlen im europäischen Vergleich die gleiche Aussage treffen<sup>1</sup>: Deutschland befindet sich unter den Ländern mit der niedrigsten Geburtenraten. Insbesondere im Norden und Westen Europas weist Deutschland nahezu die niedrigste Fertilität auf.

Kein europäisches Land erreicht das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau (Ausnahme: Irlands Geburtenhäufigkeitsziffer). Deswegen

<sup>1</sup> Da die CFR das verlässlichere Maß ist, ist sie zu bevorzugen. Es sei beachtet, dass TFR und CFR zwar im Wert auseinander gehen, aber die gleiche Aussage transportieren. Dementsprechend werden im weiteren Verlauf sowohl Angaben der TFR als auch der CFR verwendet. Dies liegt auch darin begründet, dass CFR Angaben eher spärlich verfügbar sind.

erscheint eine Annäherung an dieses Niveau eher illusorisch. Es zeigt sich aber, dass insbesondere Frankreich (TFR=1,94), Irland (1,88), das Vereinigte Königreich (1,80) und die skandinavischen Länder in der EU (Dänemark: 1,80; Finnland: 1,80 und Schweden: 1,77) Kinderzahlen aufweisen die um 0,43 – 0,60 höher liegen als die Deutsche.

Zu beachten ist, dass Deutschland bezüglich der zeitlichen Entwicklung der TFR seit 1960 keine Sonderstellung einnimmt. In allen europäischen Ländern ist die TFR seit 1960 zurückgegangen, was auch Tabelle 2 verdeutlicht.

**Tabelle 2. Total Fertility Rate 1960 und 2005, Länder der europäischen Union**

	Frankreich	Irland	Dänemark	Finnland	Vereinigtes Königreich	Schweden	Niederlande	Belgien	Luxemburg (Grand-Duché)	Europäische Union (25 Länder)	Estland	Zypern	Österreich	Portugal
<b>TFR (1960)</b>		3,76	2,57	2,72	2,72	2,20	3,12	2,56	2,28	2,59		3,51	2,69	3,10
<b>TFR (2005)</b>	1,94	1,88	1,80	1,80	1,80	1,77	1,73	1,72	1,70	1,52	1,50	1,42	1,41	1,40
	Malta	Deutschland (einschließlich ex-DDR seit 1991)	Spanien	Italien	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Lettland	Tschechische Republik	Griechenland	Litauen	Slowenien	Slowakei	Polen
<b>TFR (1960)</b>	3,62	2,37	2,86	2,41	2,02		2,31		2,11	2,28	2,60			2,98
<b>TFR (2005)</b>	1,37	1,34	1,34	1,34	1,32	1,32	1,31	1,31	1,28	1,28	1,27	1,26	1,25	1,24

Quelle: Eurostat, 2007, eigene Darstellung

In Deutschland ist sie von 2,37 (1960) auf 1,34 (2005) gesunken. In Irland im gleichen Zeitraum von 3,76 auf 1,88. Im Vereinigten Königreich von 2,72 auf 1,80, in Dänemark von 2,57 auf 1,80, in Finnland von 2,72 auf 1,80 und in Schweden von 2,20 auf 1,77.

Dabei fügt sich Deutschland mit einem Absinken der TFR um 1,03 im Mittelfeld ein. Schweden bildet mit 0,43 eine Ausnahme. Hier ist die TFR im Zeitraum 1960 bis 2005 am geringsten zurückgegangen. Dem gegenüber steht Malta, hier ist die TFR mit 2,25 am stärksten zurückgegangen.

Zu beachten ist auch, dass die TFR und CFR (bzw. Geburtenhäufigkeitsziffer) für Deutschland möglicherweise überschätzt wird. Dies hängt ganz einfach damit zusammen, dass es keine verlässlichen und genauen Bevölkerungszahlen gibt. Da in den alten Bundesländern die letzte Volkszählung 1987 und in den neuen Bundesländern 1981 stattfand, kann nicht mit absoluter Genauigkeit gesagt werden, wie viele weibliche Personen heute in den Altersstufen 15 bis 49 Jahre leben. Die Bevölkerungsbestände werden lediglich fortgeschrieben und um Zu- und Abwanderung bzw. Sterbefälle ergänzt.

## **2.2. Parameter der Fertilität**

In diesem Abschnitt werden weitere wichtige Maßzahlen angeführt, welche möglicherweise einen Zusammenhang zur Kinderzahl aufweisen. Dabei werden insbesondere das Durchschnittsalter der Frauen bei ihrer ersten Geburt, die Zahl der außerehelichen Geburten, der Anteil an Alleinerziehenden Haushalten und die Frauenerwerbstätigkeitsquote von Interesse sein.

Es wurde hier das Durchschnittsalter bei der ersten Geburt als Vergleichswert gewählt, da bei der allgemeinen Betrachtung des Durchschnittsalters bei Geburt auch die Zahl der Kinder mit einfließt. Umso mehr Kinder eine Frau bekommt, umso höher ist ihr Durchschnittsalter bei Geburt. Hier interessiert aber vielmehr, wann die erste Geburt und damit die Mutterschaftsphase beginnt und ob Deutschland sich hier von anderen europäischen Ländern unterscheidet (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3. Durchschnittsalter bei der ersten Geburt, außereheliche Geburten, Alleinerziehenden Anteil und Frauenerwerbstätigkeit, Länder der europäischen Union**

	Frankreich	France métropolitaine	Irland	Dänemark	Finnland	Vereinigtes Königreich	Wales (NUTS95)	Schweden	Niederlande	Belgien	Luxemburg (Grand-Duché)	Europäische Union	Estland	Zypern	Österreich
<b>Durchschnittsalter (in Jahren) bei der ersten Geburt (2003)</b>			28,3		27,9			28,5	28,8		28,7			26,9	26,9
<b>außereheliche Geburten</b>	48%	47%	32%	46%	40%	43%		55%	35%		27%		59%	4%	37%
<b>Anteil Alleinerziehenden Haushalte</b>	3%					6%			2%	3%	2%				
<b>Frauenerwerbstätigkeit (2000)</b>	55%		53%	72%	65%	65%		70%	63%	52%	50%	54%			60%
	Portugal	Malta	Deutschland (einschließlich ex-DDR seit 1991)	Spanien	Italien	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Lettland	Tschechische Republik	Griechenland	Litauen	Slowenien	Slowakei	Polen
<b>Durchschnittsalter (in Jahren) bei der ersten Geburt (2003)</b>	27,1		28,8			25,9		24,2	24,6	25,9		24,5			25,3
<b>außereheliche Geburten</b>	31%	20%	29%	27%	14%	35%	29%	49%	45%	32%	5%	28%	47%	26%	18%
<b>Anteil Alleinerziehenden Haushalte</b>	2%		2%	1%	1%										
<b>Frauenerwerbstätigkeit (2000)</b>	60%		58%	40%	39%						41%				

Quelle: Eurostat, 2007; BMFSFJ, 2003, eigene Darstellung

Zur besseren Interpretation der Ergebnisse sei angemerkt, dass die Reihenfolge der Länder in der Tabelle bezüglich der Höhe der TFR (siehe Tabelle 1) beibehalten wurde, d.h. Frankreich hat die höchste, Polen die niedrigste TFR im Jahr 2005.

Bezüglich des Durchschnittsalters bei der ersten Geburt zeigen sich unerwartete Ergebnisse. Während in den Ländern mit hoher TFR das Durchschnittsalter relativ hoch liegt (Irland 28,3 Jahre, Schweden 28,5 Jahre), liegt es in den Ländern mit niedriger TFR relativ niedrig (Bulgarien 24,2 Jahre, Polen 25,3 Jahre). Deutschland hat neben den Niederlanden mit 28,8 Jahren das höchste Durchschnittsalter bei der ersten Geburt. Das

Durchschnittsalter bei der ersten Geburt muss somit nicht unbedingt eine Rolle bei der Fertilitätshöhe spielen.

Ähnliches gilt für den Anteil an außerehelichen Geburten. Den höchsten Anteil in der EU hat Schweden mit 55 Prozent außerehelicher Geburten, auch Frankreich (48 Prozent) und Dänemark (46 Prozent) weisen hohe Anteile auf. Es scheint, dass die europäischen Länder mit einer höheren TFR auch höhere Anteile an außerehelichen Geburten aufweisen (Ausnahme bildet z.B. Irland mit „nur“ 32 Prozent außerehelichen Geburten). Länder mit niedriger Fertilität weisen hingegen häufig auch niedrigere Anteile an außerehelichen Geburten auf, Italien hat z.B. 14 Prozent außereheliche Geburten, Rumänien 29 Prozent, Polen 18 Prozent. Deutschland kann hierbei deutlich bei den Ländern mit niedriger Fertilität eingeordnet werden, da 29 Prozent der Kinder außerhalb der Ehe geboren werden.

Für den Anteil an Alleinerziehenden Haushalten lassen sich im europäischen Vergleich keine Besonderheiten beobachten. Dementsprechend soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden.<sup>2</sup>

Die Tabelle (siehe Tabelle 3) weist auch darauf hin, dass die Frauenerwerbstätigkeit des jeweiligen Landes mit der TFR zusammenhängt. Die drei Länder mit dem geringsten Anteil an Frauenerwerbstätigkeit, Spanien (40 Prozent), Italien (39 Prozent) und Griechenland (41 Prozent), gehören alle zu den EU-Ländern mit der niedrigsten TFR. Dänemark (72 Prozent Frauenerwerbstätigkeit), Schweden (70 Prozent), das Vereinigte Königreich (65 Prozent) und Finnland (65 Prozent) gehören hingegen zu den Ländern mit der sowohl höchsten TFR als auch dem höchsten Anteil an Frauenerwerbstätigkeit in der EU. Deutschland liegt mit 58 Prozent Frauenerwerbstätigkeit im Mittelfeld.

Neben den hier dargestellten statistischen Maßzahlen zur Kennzeichnung der Fertilität sei angemerkt, dass Deutschland im europäischen Vergleich eine der höchsten Raten an Kinderlosigkeit hat; 22 Prozent der 1955 geborenen Frauen in den alten Bundesländern sind zwischen Alter 15 und 45 kinderlos geblieben (BMFSFJ, 2003).<sup>3</sup> Die Kinderlosigkeit allein bedeutet

---

<sup>2</sup> Auch sind eher geringe Angaben für die einzelnen Länder der EU vorhanden.

<sup>3</sup> Allgemein wird von einer fertilen Phase für Frauen zwischen Alter 15 und 49 ausgegangen. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung (2000) waren die Frauen dieser Kohorte erst 44 bzw. 45 Jahre alt, es sind aber für die Geburtskohorte 1955 keine wesentlichen Geburtenzuwächse zwischen Alter 44/ 45 und 49 mehr zu erwarten.

aber noch nicht, dass allgemein wenige Kinder geboren werden. So ist die Kinderlosigkeit in Großbritannien z.B. ebenfalls sehr hoch, es gibt aber vermehrt Familien mit drei und mehr Kindern und dementsprechend insgesamt trotzdem eine hohe TFR.

### **2.3. Fertilität der Migranten**

Da die Migranten ein wichtiger und zahlenmäßig großer Bestandteil der deutschen Bevölkerung sind, gilt es, sie in einem Konzept zur Steigerung der Kinderzahl in Deutschland zu berücksichtigen.

Ebenso wie bei deutschen Frauen zeigt sich auch bei Migrantinnen in Deutschland während der letzten Jahrzehnte ein Geburtenrückgang. So zeigt sich, dass die Geburtenzahlen von Migrantinnen in Deutschland geringer sind, als im jeweiligen Heimatland (Nauck, 2002). Einzig türkische Einwanderinnen scheinen bezüglich ihrer Fertilität noch über dem deutschen Niveau zu liegen. Es ist davon auszugehen, dass sich ganz allgemein die Fertilität der Migranten spätestens in der zweiten Generation – noch stärker als in der ersten – an die Geburten der deutschen Bevölkerung anpasst (Milewski, 2006; Balter, 2006; Dinkel, Lebok, 1997; Mayer, Riphahn, 1998, 1999;). Dabei gilt es jedoch grundsätzlich zu beachten, dass sich die statistische Erfassung der Migrantenfertilität schwierig gestaltet, was konkrete Aussagen über ihren tatsächlichen Einfluss auf die Gesamtfertilität erschwert (Nauck, 2002). Um den Einfluss der Fertilität von Migranten über einen längeren Zeitraum einschätzen zu können, ist es notwendig die Migrantenfertilität differenziert nach Folgegenerationen zu betrachten. Die Komplexität dieser Problematik lässt eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema im Rahmen dieses Projektes nicht zu.

Anhand verschiedener statistischer Maßzahlen wurde in diesem Kapitel gezeigt, dass Deutschland auf verschiedene Arten als niedrig-Fertilitätsland zu charakterisieren ist. Folgend werden nun die familienpolitischen Gegebenheiten in Deutschland dargestellt, um genauer zu analysieren, welche Rahmenbedingungen die Zahl der Kinder in einem Land positiv oder negativ beeinflussen.

### **3. Relevante Akteure in Deutschland**

Die Zahl der Kinder, die eine Frau bekommt, hängt von ganz unterschiedlichen Faktoren ab. So spielen individuelle Gründe, wie Lebensplanung und Partnerschaftsmarkt ebenso eine Rolle, wie die gesetzlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. An dieser Stelle sollen dabei zuerst die gesetzlichen Rahmenbedingungen skizziert werden, daran schließt sich auf gesellschaftlicher Ebene die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie an. Abschließend wird kurz darauf eingegangen, inwiefern in Deutschland und Europa der Kinderwunsch von der tatsächlich realisierten Zahl der Kinder abweicht.

#### **3.1. Gesetzliche Rahmenbedingungen**

Die maßgeblichen regulierenden Instrumente im Bereich der Familienpolitik sind das Eltern-, Erziehungs- und Kindergeld, sowie die Elternzeit und die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Deutschland. Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen im Folgenden in ihrer Funktionalität und Effektivität bezüglich der Anreize oder Blockaden für die Steigerung der Fertilität in Deutschland angerissen und beurteilt werden.

##### **3.1.1. Elterngeld und Elternzeit**

Elterngeld und Elternzeit bilden eine funktionale Einheit. Mit der Elternzeit regelt der Gesetzgeber die Möglichkeit, für einen festgesetzten Zeitraum aus dem Berufsleben auszuschneiden und sich um den Familiennachwuchs zu kümmern. Viel entscheidender als die zeitliche Komponente sind aus existentieller Sicht das Elterngeld und damit der monetäre Ersatz des ausfallenden Einkommens. Für Kinder, die ab dem 01. Januar 2007 zur Welt gekommen sind, haben Eltern Anspruch auf das Elterngeld. Es dient als Einkommensersatz für den Elternteil, der in den ersten zwölf Monaten nach der Geburt (bzw. 14 Monaten bei Aufteilung der Zeit auf beide Partner) zu Hause bleibt, um das Kind zu versorgen. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Es kann einen Betrag zwischen 300 und 1800 € annehmen. Der entsprechende Elternteil kann neben dem Elterngeld bis zu 30 Stunden in der Woche arbeiten, somit muss der vorher ausgeübte Beruf nicht völlig aufgegeben werden (BMFSFJ, 2007).

Ob diese Neureglung des Elterngeldes und der Elternzeit Auswirkungen auf die Geburtenzahl haben wird, lässt sich im Moment noch nicht absehen.

Möglicherweise ist damit schon ein erster Schritt in Richtung besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe 3.2 Gesellschaft) getan. Für die momentane Situation und die aktuellen Geburtenzahlen dürfte der Vorläufer des Elterngeldes, das Erziehungsgeld, von Interesse sein (BMFSFJ, 2006).<sup>4</sup>

### 3.1.2. Kindergeld und Kinderbetreuung

Das Kindergeld beträgt aktuell 154 € für das erste bis dritte und 179 € für alle weiteren Kinder. Stellt man die Kosten von Kindern gegenüber, so kann das Kindergeld nur einen geringen Teil dieser Kosten abdecken.<sup>5</sup> Neben dem Kindergeld ist ein weiterer wichtiger Baustein der Kinderversorgung die außerhäusliche Betreuung. Die Kindergarten- und Krippendichte variiert in Deutschland regional stark und auch die Öffnungszeiten (halbtags oder ganztags) sind ein entscheidender Faktor.<sup>6</sup> Besonders in den alten Bundesländern ist noch immer keine ausreichende Kinderbetreuung gesichert. Von dieser mangelnden Kinderbetreuung sind insbesondere Kleinkinder (bis Alter 3) bzw. ihre Eltern betroffen. Die Kinderbetreuung wird als einer der entscheidenden Faktoren der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstanden. Insbesondere dahingehend ist ein weiterer Ausbau, wie ihn die Bundesregierung/ Bundesfamilienministerin momentan anstrebt, von großem Interesse. Geburten dürfen nicht aufgeschoben oder ausgesetzt werden, weil keine ausreichende Betreuung von Kindern vorhanden ist.

### 3.2. Gesellschaft

Auch wenn die Zahl der Ehescheidungen ein nie erreichtes Hoch erlebt und die Zahl der verschiedenen Lebens- und Familienformen immer weiter zunimmt, so zeigt sich doch, dass die Arbeitsteilung innerhalb der Familie oder Partnerschaft noch keinen Wandel erfahren hat (Nave-Herz, 2002). Das heißt, dass auch heute noch ein Hauptteil der Arbeit im Haushalt bei den Frauen liegt. Insbesondere für erwerbstätige Frauen (58 Prozent, siehe

---

<sup>4</sup> Das Erziehungsgeld wird maximal für die ersten beiden Lebensjahre des Kindes gewährt. Auch hier können Mütter und Väter wöchentlich bis zu 30 Stunden zusätzlich arbeiten. Es kann im Vergleich zum Elterngeld lediglich ein Betrag von maximal 300 bis 450€ im Monat erreicht werden (BMFSFJ, 2006). Im Jahr 2000 haben 93 Prozent der Eltern nach Geburt ihres Kindes das Elterngeld in Anspruch genommen (BMFSFJ, 2003).

<sup>5</sup> Die Kosten eines Kindes können in der Veröffentlichung „Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder“ von Dr. Margot Münnich und bei „Investing in Children. New Estimates of Parental Expenditures“ von Thomas J. Espenshade nachgelesen werden.

<sup>6</sup> Für genauere Angaben siehe: BMFSFJ, 2003

2.2. Parameter der Fertilität) stellt sich bei Geburt eines Kindes bzw. bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind die Frage, ob sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Während sich Deutschland im europäischen Vergleich bezüglich des Anteils an Frauenerwerbstätigkeit insgesamt im Mittelfeld befindet, zeigt sich insbesondere für Frauen mit Kindern eine sehr niedrige Erwerbstätigkeitsquote (BMFSFJ, 2005a).

Damit zeigt sich ganz klar, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland nicht ausreichend gut funktioniert. In Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern sei auch auf die Unterschiede in den alten und neuen Bundesländern hingewiesen. In der DDR waren Mütter zu einem weit höheren Teil erwerbstätig (auch Vollzeit) als in der BRD. Dieser Unterschied blieb auch nach der Wiedervereinigung bestehen, was neben anderen Faktoren (z.B. Arbeitsmarktbedingungen, Sozialisation) auch auf ein gut ausgebauten Kinderbetreuungssystem zurückzuführen ist (Kreyenfeld, Konietzka, 2006). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist also stärker ein Problem der alten als der neuen Bundesländer.

Verschiedene Faktoren spielen dabei für die Vereinbarkeit eine Rolle, neben dem bereits erwähnten Einfluss von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sind z.B. auch die betrieblichen Gegebenheiten von Belang. Um die Vereinbarkeit zu vereinfachen, müssen Arbeitszeiten flexibel gestaltbar sein und es muss möglich sein den Arbeitsumfang ohne berufliche Nachteile an die familiären Anforderungen anpassen zu können (BMFSFJ, 2005a). Neben diesen eher strukturell vorgegebenen Faktoren, die insbesondere allein stehende Elternteile (immer noch zum größten Teil Frauen) betreffen, sind aber auch Entscheidungen innerhalb der Partnerschaft von Bedeutung. In den alten Bundesländern herrscht weitestgehend noch das „männliche Ernährermodell“ vor (Rosenfeld et al., 2004). Nach der Familiengründung (Geburt eines Kindes) sind Männer zu einem hohen Anteil für die Hauptversorgung der Familie zuständig, Frauen tragen hingegen relativ häufig nur durch Teilzeitarbeit zum Haushaltseinkommen bei (Eurostat, 2007). Kindererziehung und Haushaltsaufgaben sind in Deutschland weiterhin vornehmlich „Fraufaufgaben“ (Buba, Vaskovics, 1994). Wenn nach Geburt eines Kindes die Frage ansteht wer, z.B. auf Grund von mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, zu Hause bleibt um das Kind zu versorgen, so fällt diese Aufgabe zu einem höheren Anteil – und zwar zu 98 Prozent (BMFSFJ, 2003) – der jeweiligen Mutter und nicht dem Vater

zu.<sup>7</sup> Dabei ist auch zu beachten, dass sich die werdende Mutter bei der Entscheidung für eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit häufig in eine ökonomische Abhängigkeit von ihrem Partner begibt. Auch deshalb stellt sich teilweise die Frage, ob sich junge Frauen für Kinder und eine gewisse Abhängigkeit oder für ein eigenes Einkommen und gegen Kinder entscheiden.

### 3.3. Kinderwunsch

Vergleicht man die Kinderwünsche<sup>8</sup> in den verschiedenen Ländern Europas, wird deutlich, dass in kaum einem anderen Land die Differenz zwischen gewünschter und tatsächlich verwirklichter Kinderzahl so gering ist, wie für die Bundesrepublik Deutschland (Höhn et al., 2006; Dorbritz et al., 2005; Dorbritz, 2004; Ruckdeschel, 2004). Im Durchschnitt wünschen sich Frauen in den europäischen Ländern 2,14 Kinder. In Deutschland hingegen liegt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl der unter 35-jährigen bei nur 1,74<sup>9</sup> (vgl. Fahey, Spéder, 2004). Der Kinderwunsch der Männer liegt im Durchschnitt deutlich unter dem der Frauen, dies ist für Deutschland besonders brisant, da der Kinderwunsch hier schon vorweg sehr niedrig ist (vgl. Dorbritz, 2004; Höhn et al., 2006). Zieht man die TFR der Bundesrepublik mit einem Wert von 1,34 hinzu, ergibt sich eine relativ geringe Differenz von 0,40, die zwischen Wunsch und Wirklichkeit liegt.

In den häufig als kinderreich und kinderfreundlich hervorgehobenen Ländern Dänemark (Kinderwunsch=2,44 Kinder), Schweden (2,44), Finnland (2,46), Frankreich (2,56) und Irland (2,58) liegt die gewünschte

---

<sup>7</sup> Hier sei aber auch angemerkt, dass dies zu einem gewissen Teil auch auf den unterschiedlichen Einkommen von Männer und Frauen beruht. Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch schlechter als Männer (Klenner, 2002). Aus rein rationalen Gründen macht es Sinn, dass das Elternteil zu Hause die Kindererziehung übernimmt, welches weniger verdient. In den meisten Fällen wird dies die Mutter sein.

<sup>8</sup> Studien zum Thema Kinderwünsche haben häufig recht unterschiedliche Datengrundlagen und damit auch verschiedene Ergebnisse, die man nicht direkt miteinander vergleichen kann. In einem Teil der Untersuchungen werden nur die Frauen befragt und dieses Ergebnis, dann als Kinderwunsch präsentiert (z.B. Dorbritz, 2004). In anderen Studien wird auch der Kinderwunsch der Männer erhoben und dargestellt (z.B. Höhn et al., 2006; Dorbritz et al., 2005; Borchard, 2004). Um Vergleiche zu der TFR anstellen zu können, ist es sinnvoll, nur die weiblichen Kinderwünsche zu berücksichtigen, da auch die TFR nur für Frauen erhoben wird. Für einen gesamtgesellschaftlichen Überblick ist es jedoch ebenso wichtig, die Einstellung der Männer zu Kindern zu erheben, weshalb beide Erhebungsformen ihre Berechtigung haben.

<sup>9</sup> Dabei gibt es einen Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern (Tivig, Hetze, 2007).

Kinderzahl hingegen nicht nur sehr deutlich über der von Deutschland, sondern auch weit über dem europäischen Durchschnitt.

**Tabelle 4. Gewünschte Kinderzahlen in Europa (18 bis 39 Jahre alte Frauen) 1999/2000**

	Frankreich	Irland	Dänemark	Finnland	Vereinigtes Königreich	Schweden	Niederlande	Belgien	Luxemburg (Grand-Duché)	Europäische Union	Estland	Zypern	Österreich	Portugal
<b>TFR (2005)</b>	1,94	1,88	1,80	1,80	1,80	1,77	1,73	1,72	1,70	1,52	1,50	1,42	1,41	1,40
<b>Kinderwunsch (2002)</b>	2,56	2,58	2,44	2,46	2,44	2,44	2,08	2,19	2,02	2,14	2,15	2,52	1,72	2,03

	Malta	Deutschland (einschließlich ex-DDR seit 1991)	Spanien	Italien	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Lettland	Tschechische Republik	Griechenland	Litauen	Slowenien	Slowakei	Polen
<b>TFR (2005)</b>	1,37	1,34	1,34	1,34	1,32	1,32	1,31	1,31	1,28	1,28	1,27	1,26	1,25	1,24
<b>Kinderwunsch (2002)</b>	1,85	1,74	2,07	2,12	2,00	1,85	2,06	2,03	1,97	2,28	2,05	2,02	2,09	

Quelle: Eurostat, 2007; Fahey, Spéder, 2004; eigene Darstellung

Die Mehrheit der europäischen Länder orientiert sich bezüglich des angegebenen Kinderwunsches noch immer an der Zwei-Kind-Familie (vgl. Bongaarts, 2001; Dorbritz, 2004). Für einige Länder, darunter auch Deutschland, trifft dies nur noch in abgeschwächter Form zu. In den alten Bundesländern geben z.B. 57,6 Prozent an, dass sie sich zwei oder mehr Kinder wünschen. In den neuen Bundesländern sind es sogar nur noch 46,5 Prozent, die dies äußern. In den Ländern mit einem hohen durchschnittlichen Kinderwunsch, geben mehr als 70 Prozent der Frauen an, dass sie wenigstens zwei Kinder haben möchten. Auch der Anteil junger Frauen, die sich drei und mehr Kinder wünschen ist in diesen Ländern nicht zu vernachlässigen. In Schweden sind es 19,6 Prozent und in Frankreich sogar 22,4 Prozent. Keine Kinder werden hingegen auffallend selten gewünscht (Dorbritz, 2004). Für Deutschland wird deutlich, dass eine starke Orientierung hin zu ein bzw. zwei Kindern vorherrscht. Dritte und vierte Kinder werden dagegen selten gewünscht bzw. letztlich auch realisiert.

Schwedische und französische Frauen wünschen sich und realisieren im direkten Vergleich mit Deutschland wesentlich häufiger dritte und vierte Kinder (Dorbritz, 2004). Vermutlich hat sich auch der Kinderwunsch in den letzten Jahrzehnten an die kontinuierlich sinkende Kinderzahl in Deutschland angepasst (Ulrich, 2004).

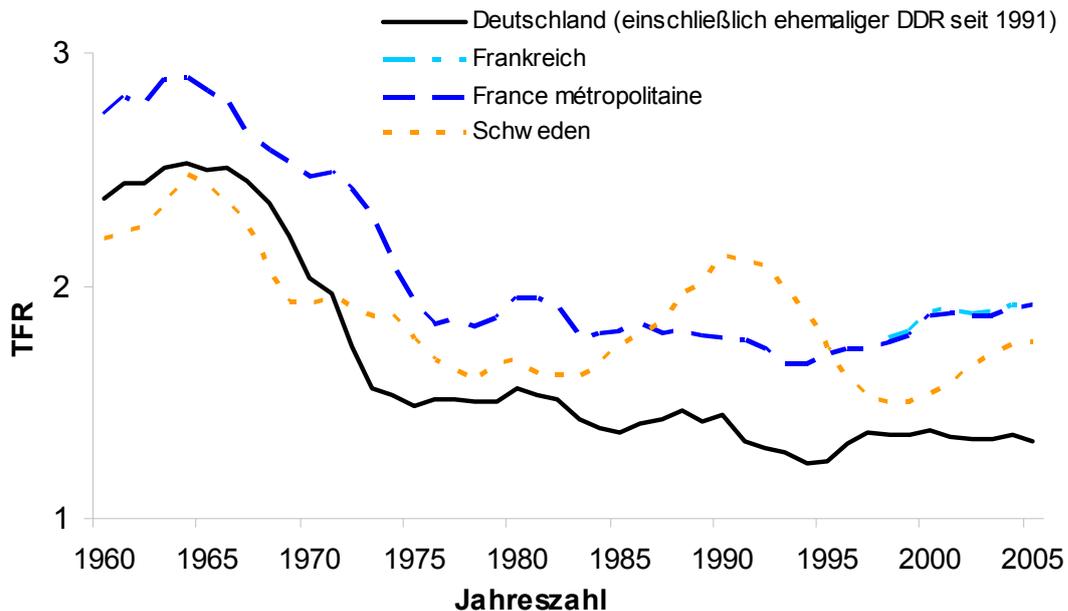
Mit der Betrachtung des aktuellen Kinderwunsches drängt sich die Frage auf, inwieweit sich die Kinderzahl, gerade für Deutschland, überhaupt verändern – also steigern – lässt und was eine Steigerung der Geburten um eine so geringe Zahl überhaupt an langfristiger Wirkung hinterlässt. Hierzu an anderer Stelle mehr (siehe 5.3. Fazit).

#### **4. Europäische Nachbarstaaten und ihre familienpolitischen Maßnahmen**

Im globalen Vergleich erscheinen die europäischen Länder bezüglich ihrer Familienpolitik recht einheitlich (vgl. OECD, 2001). Verändert man jedoch den Standpunkt der Beobachtung und betrachtet die familienpolitischen Profile der einzelnen europäischen Staaten genauer, werden einige entscheidende Unterschiede zwischen den Ländern deutlich.

Die Familienpolitik in den Ländern Europas versucht auf verschiedene Arten Familie und Beruf zu verbinden, damit fallen Unterstützungen von Land zu Land recht unterschiedlich aus und reichen von Steuervergünstigungen, über bereitgestellte Dienstleistungen bis hin zum direkten finanziellen Transfer, dem Kinder-, Erziehungs- bzw. Elterngeld (vgl. BMAS, 2006). Bei Ländervergleichen wird in der Literatur häufig konkreter Bezug auf die Skandinavischen Länder, speziell Schweden und Dänemark, sowie Frankreich genommen. In diesen europäischen Ländern sind die Fertilitätsraten überdurchschnittlich hoch, dies wird häufig auf die sozialpolitischen Maßnahmen des jeweiligen Staates zurückgeführt.

**Abbildung 1. TFR im zeitlichen Verlauf, 1960 – 2005, Deutschland, Frankreich und Schweden**



Quelle: Eurostat, 2007 (Der Unterschied zwischen France métropolitaine und Frankreich allgemein wurde bereits bei Tabelle 1 erläutert.)

Auch diese Arbeit konzentriert sich exemplarisch auf die Länder Frankreich und Schweden und deren sozialpolitische Maßnahmen bezüglich Kindern und Familien. Für diese Entscheidung sprechen mehrere Gründe: Der offensichtlichste und wichtigste Grund dafür ist die vergleichsweise hohe TFR (für das Jahr 2005: Frankreich 1,94 Kinder pro Frau, Schweden 1,77) dieser Länder und die Tatsache, dass sie dieses hohe Niveau seit einigen Jahren halten können. Ein weiterer Punkt, der für die Auswahl dieser Länder spricht, ist die umfassende Analyseliteratur, die für beide Länder zur Verfügung steht.

Da sich die Literatur recht ausführlich mit der Thematik des Ländervergleichs bezüglich familienpolitischer Maßnahmen auseinandergesetzt hat, möchten wir uns hier auf einen relativ kurzen Überblick der familienpolitischen Maßnahmen beschränken und verweisen weiterführend auf die großzügig vorhandene Literatur zu diesem Thema (z.B. Steiner, 2005; Hoem, 2005; Wagner, 2004; Deter, 2003; Reuter, 2002; BMFSFJ, 2005; Dorbritz, Ruckdeschel 2007; Köppen et al., 2007; Andersson, 2007; Esping-Andersen, 1990; Gauthier, 1996; Strohmeier et al., 2006).

#### 4.1. Familienpolitische Modelle

Das **Schwedische Modell** stellt die Gleichberechtigung der Geschlechter, unabhängig von ihrem Familienstatus, in den Mittelpunkt ihrer familienorientierten Politik. Darüber hinaus sind die Berufstätigkeit beider Elternteile und die damit einhergehende Vereinbarkeit von Familie sowie gleichzeitiger Berufstätigkeit ein Förderschwerpunkt. Charakteristisch dafür ist eine flächendeckend gut ausgebaute Kinderbetreuung, ein relativ hohes Elterngeld für die Zeit nach der Geburt, in der ein Elternteil die Erziehung zu Hause übernimmt sowie ausschließliche Erziehungszeiten für Väter und eine individuelle Besteuerung (vgl. Esping-Andersen, 1990; Gauthier, 1996; Henry-Huthmacher, 2005; Dörfler, 2005; Kaufmann, 2002; Veil, 2003; Andersson, 2007).

**Frankreich** gilt als familienpolitischer Vorreiter in Europa. Familienpolitik wird hier als Bevölkerungspolitik verstanden, die durch die geleisteten finanziellen Transfers versucht, das Geburtenverhalten seiner Einwohner positiv zu beeinflussen. Auch innerhalb der französischen familienpolitischen Maßnahmen liegt ein Fokus auf der Förderung der Berufstätigkeit der Frau sowie Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Esping-Andersen, 1990; Gauthier, 1996; Henry-Huthmacher, 2005).<sup>10</sup>

Im Vergleich dazu wird in **Deutschland** aktuell weniger Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt, auch wenn die kürzliche Einführung des Elterngeldes ein erster Schritt in diese Richtung ist. Das noch nach wie vor dominierende Konzept des Mannes als Ernährer der Familie sowie mangelnde Betreuungsmöglichkeiten, speziell in den alten Bundesländern, unterstreicht dies. Der Familienschutz ist in Deutschland auf Verfassungsebene institutionalisiert und es werden relativ hohe Beträge an Ehepaare, Familien und Eltern transferiert (Esping-Andersen, 1990; Gauthier, 1996; Henry-Huthmacher, 2005; Strohmeier et al., 2006; BMAS,

---

<sup>10</sup> Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind in Europa wesentlich besser für drei bis sechs Jährige ausgebaut als für unter drei Jahren. Im europäischen Vergleich zählt Deutschland zu den Ländern mit einer eher schlecht ausgebauten Infrastruktur der Kinderbetreuung, wobei hier auf den Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern hingewiesen sei. Die Versorgungsquote liegt in den neuen Bundesländern bei 50 Prozent, in den alten Bundesländern bei nur 2 Prozent. Frankreich und Schweden liegen mit 23 und 33 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Bei den Betreuungsmöglichkeiten der über 3-Jährigen erreicht Frankreich eine Beteiligungsquote von nahezu 100 Prozent. In Schweden liegt die Beteiligungsquote bei immerhin 64 Prozent. Deutschland erreicht mit 53 Prozent einen für Europa durchschnittlichen Wert (vgl. BMFSFJ, 2003).

2006). Wenn diese Beträge auch im direkten internationalen Vergleich nicht ganz mithalten können (Strohmeier et al., 2006).

**Abbildung 2. Familienprofile in Europa**

		ökologische Intervention	
		Support: Gute Kinderbetreuung	Constraint: Schlechte/fehlende Kinderbetreuung
Ökonomische Intervention	Support: Hohe Einkommenstransfers	++ A (Frankreich, Dänemark)	+ - B (Deutschland)
	Constraint: Geringe Einkommenstransfers	-+ C (Schweden)	-- D (Groß Britannien, Irland, Italien)

Quelle: Strohmeier et al.; 2006

Die geleisteten Transfers sowie die gegebene Infrastruktur hinsichtlich Kinderbetreuung u.ä. stellen die zentralen Unterscheidungsmerkmale familienpolitischer Maßnahmen dar (siehe Abbildung 2). Die Profile der einzelnen Länder haben nicht zwangsläufig einen statischen Charakter, sondern können sich jederzeit verändern. So lassen sich in einigen Ländern Europas (so z.B. in den Niederlanden) Transformationsprozesse in der Familienpolitik beobachten (vgl. Strohmeier et al., 2006).

Auf nationaler Ebene unterscheiden sich die europäischen Staaten auf Grund der finanziellen Transfers zugunsten von Familien, der Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Müttern und entsprechender arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen sowie der Bereitstellung von Kinderbetreuung. In der aktuellen deutschen familien- und bevölkerungspolitischen Diskussion werden mittlerweile eine gut ausgebaute Kinderbetreuung sowie großzügige Transferleistungen von Seiten des Staates als positiver Anreiz bezüglich der generativen Entscheidungen bewertet. Fehlen diese Anreize komplett oder auch nur teilweise, wird dies von (potentiellen) Eltern als Einschränkung empfunden (Strohmeier et al., 2006).

Um den direkten Vergleich der familienpolitischen Transfers zu erleichtern, folgt nun ein tabellarischer Überblick der Länder Frankreich, Deutschland und Schweden.

**Abbildung 3. Familienpolitische Maßnahmen in Deutschland, Schweden und Frankreich**

Deutschland	Schweden	Frankreich
<b>Gesetzliche Rahmenbedingungen</b>		
Finanzierung		
Steuerfinanziert (aus Steuereinkommen des Bundes)	Steuerfinanziert	5,4% vom Bruttoverdienst
Leistungen - Kindergeld		
reguläre Altersgrenze: 18 Jahre, bei Berufsausbildung/ Studium bis 27 (bei Berücksichtigung jährlicher Einkommensgrenze)	Altergrenze: 16 Jahre, Fortsetzung der Leistung bei Besuch einer weiterführenden Schule	Altersgrenze: 20 Jahre, bei Einkommensgrenze von 55% des Mindestlohns
erstes bis drittes Kind 154€, jedes weitere Kind 179€, Steuerfreibeträge	erstes und zweites Kind 106€, drittes 134€, viertes 191€, fünftes und weitere Kinder 212€	für zwei Kinder 115,64€, drei Kinder 263,30€, vier Kinder 411,96€, fünf Kinder 560,12€, sechs Kinder 708,28€, für jedes weitere Kind zusätzlich 148,18€
Bei Alleinerziehenden		
Unterhaltvorschussgesetz für Kinder bis Alter 12, falls der andere Elternteil nicht zahlt, maximal 164€ (alte Bundesländer)/ 145€ (neue Bundesländer)	Garantiebetrag von 131€ monatlich, vom anderen Elternteil oder als Unterhaltvorschuss	Garantiertes Mindesteinkommen, auch für Schwangere, 723€ (in Abhängigkeit von vorhandenem Einkommen, Unterhaltsgeld (Vorschuss) maximal 108€ monatlich
Sonstige Leistungen		
bis Ende 2006: Erziehungsgeld (maximal 300€), jetzt: Elterngeld bis zu 1800€ im Monat (vom vorherigen Einkommen abhängig), 30 Stunden Wochenarbeitszeit sind möglich, Erziehungsurlaub, Wohngeld	Sonderleistungen für behinderte Kinder, Wohngeld bei Bedürftigkeit	Zuschläge für behinderte Kinder, Erziehungsgeld für Kinder unter drei Jahren bei Reduzierung der Erwerbstätigkeit, Zulage für häusliche Kinderbetreuung durch Dritte (einkommensabhängig), Beihilfe zu Schuljahresbeginn
<b>Mutterschaft und Vaterschaft</b>		
Versicherungssystem		
Gesetzliche Krankenversicherung (Sach- und Geldleistungen), für Arbeitnehmerinnen und mitversicherte Frauen	Öffentlicher Gesundheitsdienst in kommunaler und regionaler Trägerschaft (Sachleistungen), für Frauen, Gesetzliche Krankenversicherung (Geldleistungen), für erwerbstätige Frauen und Eltern	Gesetzliche Krankenversicherung (Sach- und Geldleistungen), für alle Personen mit Erwerbstätigkeit oder Wohnsitz in Frankreich
Finanzierung		
durch Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, mit Arbeitgeberanteil	Arbeitgeber Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Sachleistungen von Regionen und Gemeinden steuerfinanziert	Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil
Leistungen		
Mutterschaftsgeld, keine Sachleistungen	Schwangerschaftsgeld, Elterngeld, Sachleistungen	Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsgeld, Sachleistungen

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2006

## **4.2. Gleichstellung der Geschlechter oder bevölkerungsfördernde Familienpolitik**

Die zwei von uns in den Fokus der Untersuchung gelegten Länder haben unterschiedliche Entwicklungen hinsichtlich ihrer familienfördernden Aktivitäten durchlaufen, die im Folgenden zusammenfassend beschrieben werden. Hierzu hat die Literatur vertiefende Betrachtungen hervorgebracht, die sich ausführlicher mit dem Thema befassen (z.B. Wagner, 2004; Strohmeier et al., 2006; Steiner, 2005; Onnen-Isemann, 2003; Veil, 2003, 2004; Fagnani, 2007; Köppen et al., 2007).

### **4.2.1. Schweden – Gleichstellung der Geschlechter**

Nachdem Schweden Ende der 1930er Jahre einen deutlichen Geburtenrückgang verzeichnete, wurde viel über mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Kinderzahl diskutiert, aber davon nur ein geringer Teil bis zum Ende des zweiten Weltkrieges umgesetzt (Strohmeier et al., 2006). Der Fokus lag schon damals auf der Beseitigung sozialer Probleme und weniger auf der Verwirklichung nationaler Ziele. Die sozialdemokratische Regierung Schwedens setzt(e) eine freiwillig gewollte Elternschaft voraus und hatte zum Ziel wirtschaftliche und soziale Hindernisse zu beseitigen, die dem Kinderwunsch im Wege stehen (Strohmeier et al., 2006). Für die Schwedische Familienpolitik sind Teilhabe aller Bürger am Erwerbsarbeitsmarkt, die Gleichstellung beider Geschlechter, sowie die vorhandene Kinderwohlfahrt grundsätzliche Aspekte (Strohmeier et al., 2006; Hoem, 2005; Dörfler, 2005; BMFSFJ, 2005; Burguiere, 1986; Neyer, 2006; Andersson, 2007).

Die schwedische Familienpolitik unterscheidet sich durch das frühe Interesse an der Gleichbehandlung der Geschlechter deutlich von der Politik Frankreichs und Deutschlands. Bereits nach dem zweiten Weltkrieg standen die Gleichstellung beider Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Verringerung der Monopolstellung der Ehe im Mittelpunkt des Interesses. Schweden zeichnet sich heute durch eine hohe Geburtenrate bei gleichzeitig hoher Arbeitsbeteiligung von Frauen aus (siehe Tabelle 1 und 3). Dies wird auf die umfangreiche Kindertagesstättenstruktur, flexible Bildungsangebote, die Möglichkeiten der Arbeitsreduzierung sowie die Inanspruchnahme des Elternurlaubs zurückgeführt. Darüber hinaus besteht ein Recht auf Rückkehr an den Arbeitsplatz nach Beendigung der Elternzeit

(Hoem, 2005). Auch in Schweden sank die Geburtenzahl im Laufe der Nachkriegszeit, jedoch konnte diese Entwicklung durch einen Ausbau der Infrastruktur der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, variablen Mutterschaftsurlaub und ein flexibles Elterngeld aufgehalten und sogar zeitweise umgekehrt werden. Es existiert eine Art Bonus in Form einer „Geschwindigkeitsprämie“, die der Staat den Eltern zugesteht, wenn der Abstand zwischen zwei Kindern weniger als 36 Monate beträgt (Kistowski, Cassens, 2006). In Schweden werden somit verschiedene Anreize geschaffen, die arbeitstätigen Frauen eine Mutterschaft ermöglichen. Das System ist nicht darauf ausgelegt, dass Mütter ihre Kinder zu Hause betreuen, sondern schnell, wenn auch mit reduzierter Stundenzahl, ins Erwerbsleben zurückkehren. Mit den steigenden Geburtenzahlen erhöhte sich interessanterweise gleichzeitig die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Die Zahl an Betreuungseinrichtungen (auch für ganz kleine Kinder) stieg rasch an und bereits 1985 hatte sich, im Vergleich zu 1965, die Zahl der betreuten Kinder vervierfacht. Darüber hinaus existiert ein kommunal gefördertes Netzwerk an Familienbetreuerinnen, die staatlich registriert sind und die Kinder zumeist bei sich zu Hause betreuen (Strohmeier et al., 2006). Die Ganztagsbetreuung von Kindern und die Ganztagschulen zeichnen sich durch eine hohe Qualität und geringe Kosten für die Eltern aus. Dem Betreuungs- und Bildungssystem wird nicht nur eine Versorgungsfunktion zugedacht, es soll darüber hinaus als Mittel dienen, Chancengleichheit zu schaffen (Hoem, 2005).

Die oben erwähnten Regelungen werden des Weiteren von speziellen familienpolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen ergänzt. So ist jedes Wohnviertel gesetzlich verpflichtet adäquate Spielplätze zur Verfügung zu stellen. Jeder Wohnblock mit 30 Familien muss einen Spielplatz speziell für Kleinkinder vorweisen. Dieser muss geschützt vom Straßenverkehr sein und darf nicht mehr als 50 Meter vom Hauseingang entfernt liegen. Für größere Kinder sind größere Spielplätze vorgesehen, die nicht weiter als 150 Meter vom Hauseingang entfernt sein sollten (Burguiere, 1986).

#### **4.2.2. Frankreich – Familienpolitischer Vorreiter**

Anfänglich gingen familienfördernde Unterstützungen in Frankreich nicht vom Staat aus. Erst nachdem betriebliche und private Vereinigungen den Trend der sinkenden Geburtenzahlen nicht aufhalten konnten, griff der Staat

aktiv ein. Zu Beginn standen sich mit der Förderung der Familie als Institution und bevölkerungspolitischen Aspekten zwei unterschiedliche Motive von außerstaatlicher Familienpolitik gegenüber, die dann 1939 im Code de la Famiglia vereinigt und gesetzlich reguliert wurden. Dieses Gesetz entstand als Reaktion auf einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang (Strohmeier et al., 2006) und gilt als Basis für den nach dem zweiten Weltkrieg stetigen Ausbau der Familienpolitik in Frankreich (Kaufmann, 2002). Nach 1945 wurden die Familienleistungen dahingehend reformiert, dass sie zu einer Einkommenserhöhung für Familien beitragen. Damit sollte ein Ausgleich entstehen, der die erhöhten Kosten, die mit dem Aufziehen von Kindern einhergehen, ausgleicht.

Als Reaktion auf den erneuten Rückgang der Geburtenzahlen in den 1970er Jahren reagierte die Politik mit einer aktiven Propaganda für ein drittes Kind in französischen Familien. Nach dem Regierungswechsel in den 1980ern entfernte man sich kurzzeitig von der Drei-Kind-Politik und förderte zweite Geburten, um sicher zu stellen, dass in Partnerschaften überhaupt Kinder geboren werden. 1985 kehrte man jedoch zur pronatalistischen Familienpolitik zurück und unterstützte erneut die Geburt eines dritten Kindes. Damals hatte man erst mit der Geburt eines dritten Kindes Anspruch auf Erziehungsgeld. Nach 1985 rücken diese Motive in den Hintergrund und man widmet sich vermehrt der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit den 1990ern investiert die Regierung mehr in Kinderbetreuung, erweitert die Anspruchsberechtigung und zahlt nun schon ab dem zweiten Kind Erziehungsgeld, seit 2004 wird auch die Geburt des ersten Kindes durch monetäre Zuschüsse unterstützt. Neben diesen Förderungen wird auch steuerrechtlich Einfluss genommen, ab dem dritten Kind zahlen Familien in Frankreich deutlich weniger Steuern (vgl. Veil, 2004; Steiner, 2005; Köppen et al., 2007; Fagnani, 2007).

Gegenwärtig besuchen fast alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Vorschule, obwohl dies in Frankreich keine Pflicht ist (Köppen et al., 2007; Fagnani, 2007). In den zumeist staatlichen écoles maternelles, die kostenfrei sind, werden die Kinder in der Zeit von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr betreut. Lediglich für das Mittagsessen ist ein geringer Betrag zu entrichten (Letablier, 2002). Für die noch Jüngeren wird in der Regel auf eine private Form der Betreuung durch Tagesmütter zurückgegriffen (vgl. Fagnani, 2007). Da die Arbeitstage von Müttern und Vätern häufig nicht mit

Schließung der Kindertagesstätten beendet sind, kombinieren Familien écoles maternelles und Tagesmütter, um eine Ganztagsbetreuung für ihre Kinder abzusichern. Staatlich anerkannte Tagesmütter sind in Frankreich arbeits- und sozialrechtlich abgesichert. Damit die dadurch entstehenden Kosten für die Eltern im Rahmen bleiben, gibt es auch hier die Möglichkeit pauschale Beihilfen durch den Staat zu beziehen (Becker, 2000). Nicht nur die guten staatlichen Betreuungsmöglichkeiten erleichtern eine baldige Rückkehr in den Beruf, auch die, im Vergleich zu Deutschland, fehlenden finanziellen Zuwendungen nach der Geburt fördern dies. Später besuchen französische Kinder Ganztagschulen, die ihnen von acht bis 16.30 Uhr zur Verfügung stehen. Der Mittwoch ist allerdings schulfrei, so dass sich Familien an diesem Tag um eine andere Betreuung bemühen müssen, wie z.B. die schon oben erwähnte Tagesmutter.

Im Gegensatz zu Deutschland, fördert Frankreich Familien unabhängig vom Familienstand. Hier bezieht man sich auf die Zahl der Kinder zur Berechnung der Steuerlast und dies unabhängig vom Erwerbsstatus. Die höchste Steuerliche Entlastung erfahren Eltern mit mindestens drei Kindern und hohem Einkommen (Dingeldey, 2000).

Das historisch gewachsene Profil aus flächendeckender und kostengünstiger Kinderbetreuung, familienorientierter Steuervergünstigungen und die gleichzeitig hohe gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung von Kindern und Kindererziehung (auch außerhalb der Familie) kristallisieren sich als Hauptgründe für die hohen Geburtenraten bei gleichzeitig höher Erwerbsneigung von Müttern in Frankreich heraus. Französische Frauen und Mütter stehen weit aus weniger vor dem Entscheidungsdilemma „Beruf oder Familie“ als dies Deutsche tun (Köppen et al., 2007; Fagnani, 2007).

#### **4.3. Tatsächliche Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen in Schweden und Frankreich**

Die direkten Auswirkungen bestimmter familienpolitischer Maßnahmen sind nach wie vor schwierig zu messen. Der Prozess des Kinderkriegens ist komplex und häufig nicht auf eine einzelne familienpolitische Maßnahme zurückzuführen. Darüber hinaus bedarf es einer verlässlichen Datengrundlage, um Auswirkungen bestimmter politischer Schritte im Zeitverlauf korrekt zu erfassen und auf eine Maßnahme zurückzuführen.

Für Schweden lässt sich feststellen, dass familienpolitische Maßnahmen durchaus eine Wirkung hinterlassen. Nach der Einführung des Geschwisterbonus war ein Anstieg der Zweitgeburten im Land festzustellen. Ähnliches gilt für die Einführung der Elternzeit, auch hier konnte eine Erhöhung der Zahl von Zweitgeburten statistisch ermittelt werden (Andersson, 2007). Schweden zeigt darüber hinaus, dass eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich ist und die Berufstätigkeit von Frauen durchaus einen positiven Einfluss auf die Kinderzahlen haben kann. Die Wahrscheinlichkeit ein Kind zu bekommen, ist für schwedische Frauen, die berufstätig sind und ein höheres Einkommen erzielen, größer als für andere. Dies gilt im Übrigen auch für Immigrantinnen aus nicht-nordischen Ländern, die sich offensichtlich diesem typisch schwedischen Verhalten anpassen (vgl. Andersson, 2007).

Auch in Frankreich haben familienpolitische Regelungen ihren Einfluss hinterlassen. Seit den 1970ern wird in Frankreich das Bild der berufstätigen Mutter in das allgemeine Familienbild integriert und durch den Ausbau der Infrastruktur betreffend Kindergärten u.ä. unterstützt. Dies hat zur Folge, dass berufstätige Mütter heute in Frankreich zu einem festen und gewollten Bestandteil im sozialen Gefüge geworden sind (vgl. Fagnani, 2007; Köppen et al., 2007). Interessanterweise ist in den beiden untersuchten Ländern Frankreich und Schweden das Konzept der „Rabenmutter“ gänzlich unbekannt. In Deutschland hingegen muss sich fast jede Mutter, die berufstätig ist und ihr Kind außerhalb der Familie betreuen lässt mit diesem Vorwurf auseinandersetzen. Dies weist auf einen Mentalitätsunterschied zwischen den Ländern hin.

Diese Tatsachen scheinen ein wichtiger Hinweis darauf zu sein, dass politische und gesellschaftliche Gegebenheiten tatsächlich einen Einfluss auf die individuelle Ebene des Kinderwunsches und –bekommens haben können.

## **5. Schlussfolgerungen für Deutschland**

Nach der genaueren Betrachtung der familienpolitischen Ansätze in Frankreich und Schweden, stellt sich nun die Frage, inwiefern die Politik dieser Länder Anstöße für eine Veränderung der deutschen Familienpolitik geben kann. Darüber hinaus erscheint es wichtig anzumerken, dass familienpolitischen Maßnahmen diverse Grenzen gesetzt sind (vgl. Wingen,

2001). Daher widmet sich der erste Teil dieses Kapitels den Grenzen, die einer politisch unterstützten Steigerung der Kinderzahl in Deutschland gesetzt sind. Bei den Grenzen, aber auch bei den Möglichkeiten einer Erhöhung der Kinderzahl, im zweiten Teil dieses Kapitels, sei zu beachten, dass der Prozess der Familienbildung (in dem Sinne, dass Familie das Vorhandensein eines Kindes bedeutet) sehr komplex ist und eine Steuerung durch nur einen politischen Anreiz relativ unwahrscheinlich erscheint. Eine Frage, die sich im Rahmen der Anwendbarkeit verschiedener familienpolitischer Maßnahmen auf Deutschland stellt, ist, zu welchem Zweck eine Steigerung der Kinderzahl politisch angestrebt wird und welches Ziel damit verfolgt wird. Dies soll hier aus Gründen der Komplexität des Themas nicht genauer erläutert werden.

### **5.1 Begrenzte Möglichkeiten der Familienpolitik**

Dass der Zusammenhang zwischen Familienpolitik und TFR bzw. CFR nicht zwangsläufig kausal ist, haben andere Analysen gezeigt (z.B. Strohmeier et al., 2006). Wie wir jedoch für Frankreich und Schweden feststellen konnten, haben politische Maßnahmen Einfluss auf den Umstand ob Kinder realisiert werden. Sie müssen jedoch so angelegt sein, dass Familien und potentielle Eltern diese Wirkungen auch zulassen, indem sie bestimmte Leistungen in Anspruch nehmen. Die individuelle Handlungsebene der zukünftigen Eltern darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Sie handeln zwar selbstständig, aber ihr Handeln wird von vielen Aspekten, so auch den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, direkt und indirekt beeinflusst.

Für Deutschland lässt sich festhalten, dass die Politik der vergangenen Jahrzehnte recht starr auf den finanziellen Lastenausgleich ausgerichtet war, während sich Lebensverläufe und Lebensformen in diesem Zeitraum stark verändert haben (vgl. Strohmeier et al., 2006; Wingen, 2001). Somit wäre ein Kriterium familienpolitischer Maßnahmen, dass sie dem Bedarf zukünftiger und aktueller Eltern entsprechen, damit diese sie auch in Anspruch nehmen wollen bzw. können. Um wiederum dem Bedarf entsprechen zu können, muss Familienpolitik aktuelle Veränderungen möglichst zeitnah einbeziehen und in gezielte familienpolitische Strategien umsetzen, Familienpolitik ist also ein nie abgeschlossener Prozess.

Ein weiterer Aspekt der für eine begrenzte Wirksamkeit von Familienpolitik im Allgemeinen und für eine begrenzte Möglichkeit der Steigerung von Kinderzahlen im Besonderen spricht, ist die Tatsache, dass die Differenz zwischen gewünschter und Tatsächlicher Kinderzahl in Deutschland nicht sehr groß ist (wie bereits in Kapitel 3.3. gezeigt). Berücksichtigt man dabei zusätzlich, dass aus medizinischer Sicht gesehen, nicht alle Kinderwünsche auch problemlos umsetzbar sind, wird die Differenz noch geringer. Ein großer Erfolg wäre es bereits, die Kinderzahl überhaupt in Richtung Aufwärtstrend zu verändern. Es bleibt jedoch unwahrscheinlich, gerade unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Kinderwunsches in Deutschland, dass sich die Kinderzahl auf ein bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kindern pro Frau steigern lassen wird.<sup>11</sup> Daran wird auch die bestmögliche Familienpolitik kurzfristig nichts ändern können. Ob dies über einen langfristigen Zeitraum möglich sein wird, bleibt offen und unseres Erachtens eher unwahrscheinlich.

Die Familienbildung ist ein komplexer Prozess, welcher durch verschiedene Faktoren direkt und indirekt beeinflusst wird, dabei ist insbesondere der Wunsch nach Kindern relevant. Dieser erwacht aus einem Zusammenspiel von Politik, Arbeitsmarkt, Gesellschaft, Infrastruktur, Partnerschaftsqualität und der individuellen Einstellung zu Kindern (z.B. Wingen, 2001). Dabei zeigt sich erneut wie viele verschiedene Aspekte bei der Wahl der individuellen Kinderzahl und somit der TFR (als Summe vieler verschiedener Einzelentscheidungen) eine Rolle spielen. Es ist daher unwahrscheinlich, dass eine einzige familienpolitische Maßnahme so auf die Kinderzahl wirken kann, dass diese merklich steigt. Sinnvoller ist es in jedem Fall, auch um ganz unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung anzusprechen, an verschiedenen Punkten anzusetzen um ein Umfeld zu schaffen in dem sich werdende Eltern (auch von zweiten und weiteren Kindern) und ihre Kinder wohl fühlen.

Welche familienpolitischen Maßnahmen eine (leichte) Steigerung der Kinderzahl bewirken könnten, wird im folgenden Teil dargestellt.

---

<sup>11</sup> Eine Steigerung der TFR auf Bestandserhaltungsniveau erscheint, insbesondere bei Betrachtung aller anderen europäischen Länder, recht illusorisch. Kein europäisches Land verwirklicht aktuell solch eine hohe Kinderzahl pro Frau (siehe auch Tabelle 1).

## 5.2. Möglichkeiten der Familienpolitik

Wie sich gezeigt hat, sind die Möglichkeiten die Kinderzahl mit Hilfe familienpolitischer Mittel zu steigern begrenzt bzw. müssen gewisse Bedingungen erfüllen. Dennoch gibt es eine Reihe an Handlungsoptionen, die verbesserte Rahmenbedingungen für den Familienbildungsprozess schaffen und positive Signale an Gesellschaft und zukünftige Familien senden können, denn eine teilweise Steigerung der Kinderzahlen ist keinesfalls illusorisch (vgl. Wingen, 2001). Die Kinderzahl eines Landes kann sich auf zwei Arten erhöhen, entweder in dem Personen mit einem ersten Kind häufiger auch ein zweites, drittes oder weiteres Kind bekommen oder in dem die breite Masse mehr Kinder bekommt. Ein Absinken der Kinderzahl kann dementsprechend entweder durch einen Rückgang von zweiten, dritten und weiteren Geburten oder durch einen Anstieg der kinderlosen Paare hervorgerufen werden.

Die Zahl der **Kinderlosen** ist durchaus ein Faktor, der bei den anhaltend niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland eine Rolle spielen könnte. Es konnte bisher zwar kein direkter Zusammenhang zwischen dem Anteil Kinderloser und der endgültigen Kinderzahl in einem Land nachgewiesen werden, dennoch ist zu beachten, dass Frankreich und Schweden eine deutlich geringere Zahl an Kinderlosen aufweisen als Deutschland (vgl. Onnen-Isemann 2003, Dorbritz, Ruckdeschel 2007).<sup>12</sup> Die Angaben zur Kinderlosigkeit in Deutschland variieren in der Literatur stark (Kreyenfeld, Konietzka, 2007a; Schmitt, 2005; Schmitt, Winkelmann, 2005; Bertram, 2006). Damit ist eine Diskussion um die Entwicklung und die Folgen der deutschen Kinderlosigkeit nicht sehr fundiert und das tatsächliche Ausmaß der Kinderlosigkeit in Deutschland kann nicht abschließend beurteilt werden. Auch zeigt sich, entgegen vieler Erwartungen, dass die alleinige Verringerung der Kinderlosigkeit keinen sehr großen Einfluss auf die Total Fertility Rate hat (Bertram, Roesler, 2005). Es zeigt sich dass nicht nur die Zahl derjenigen mit Kindern sondern besonders die Zahl der Kinder, die tatsächlich im Familiengründungsprozess realisiert werden gesunken ist. Ein erstes Kind wird nach wie vor relativ häufig geboren, jedoch ist die Anzahl der zweiten, dritten und höheren Geburten pro Frau zurückgegangen (vgl. Dorbritz/Ruckdeschel, 2007). Für Frauen hat das

---

<sup>12</sup> In der Geburtskohorte 1955 sind in Frankreich 8 Prozent, in Schweden 13 Prozent und in Deutschland 22 Prozent der Frauen über ihre fertile Phase hinweg kinderlos geblieben (vgl. Höhn et al., 2006).

erste Kind einen positiven Einfluss auf die Steigerung des subjektiven Wohlbefindens (Kohler et al., 2005). Da Frauen und Männer sich von der ersten Geburt eine Steigerung der eigenen Lebenszufriedenheit erhoffen<sup>13</sup>, scheint zukünftig nicht zu befürchten zu sein, dass sich die Zahl an kinderlosen Frauen stark vergrößern wird.

Die Politik muss also vielmehr aus den Entwicklungen bezüglich der **Geburten pro Frau** Möglichkeiten ableiten, wie sie die optimalen Rahmenbedingungen schaffen kann, in denen sich Frauen und Männer vorstellen können, auch weitere, und nicht nur erste Kinder, zu bekommen. Die möglichen Handlungsoptionen sind vielfältig, aber nicht alle haben Aussicht auf Erfolg.

Gerade im Vergleich zu den beiden betrachteten Ländern, Schweden und Frankreich, kann Deutschland einiges hinzu lernen. Nicht alle Maßnahmen der Länder sind eins zu eins auf die deutsche Familienpolitik zu übertragen, aber einige kann man zum Vorbild nehmen, um Veränderungen voran zu treiben. Dies gilt z.B. hinsichtlich des gerade in Deutschland eingeführten Elterngeldes (siehe 3.1. Gesetzliche Rahmenbedingungen), der Infrastruktur der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der allgemeinen Einstellung zu Kindern. Diese verschiedenen Bereiche greifen sehr stark ineinander, hier wird trotzdem versucht, die drei Teilbereiche Infrastruktur, monetärer Ausgleich sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Gleichstellung von Frauen und Männern separat zu betrachten, um einen gewissen Grad an Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Das direkte soziale Umfeld und die ganz persönliche Einstellung zu Kindern werden im Anschluss an die familienpolitischen Maßnahmen betrachtet. Im Rahmen dieser Arbeit wird darauf Wert gelegt, die Fülle der verschiedenen Möglichkeiten familienpolitischer Einflussnahme auf die Kinderzahl darzustellen. Eine genaue Evaluation der verschiedenen Möglichkeiten sollte an anderer Stelle fortgesetzt werden.

---

<sup>13</sup> Inwiefern das Wohlbefinden durch die Geburt eines Kindes gesteigert wird, behandelt der „Value of Children“ Ansatz (Hoffman, 1975; Bühler, 2006).

### 5.2.1. Infrastruktur

In Hinblick auf die Infrastruktur zeigen Frankreich und Schweden Potentiale, die auch Deutschland nutzen kann, so z.B. die gut ausgebaute Betreuung durch Kinderkrippen/-tagesstätten oder die Ergänzung der Ganztagsbetreuung durch qualifizierte Tagesmütter. Für Deutschland bedeutet dies, dass speziell in den alten Bundesländern die Anzahl an Kinderkrippenplätzen deutlich erhöht werden sollte.<sup>14</sup> Neben einem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland, wäre eine Ausdehnung der Tagesbetreuung in Form von Ganztagschulen oder staatlich anerkannten Tagesmüttern deutschlandweit wünschenswert, um auch älteren Kindern eine angemessene Betreuung zukommen zu lassen (vgl. Fengel, Oche, 2001; Höhn et al., 2006). Dabei geht es nicht allein um die Erhöhung der Anzahl der Plätze, sondern auch darum, dass eine entsprechende Qualität der Betreuung Kinder fördert und fordert. Dies schließt auch eine fachgerechte Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagesmütter und eine angemessene Entlohnung ein (vgl. AGF, 2007a; England, 2005).

Ein weiterer Ansatz zielt auf die Infrastruktur des Arbeitsmarkts. Die Arbeitswelt setzt heute eine große Bereitschaft zur Flexibilität voraus, dabei interagieren die verschiedenen privaten und beruflichen Lebensbereiche. Diesen Flexibilitätsforderungen können Personen mit Kindern schwerer nachkommen als Personen ohne Kinder. Dem (zeitlichen) Widerspruch zwischen Arbeitsmarktanforderungen und Anforderungen des Haushaltes und der Familie kann durch flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten entsprochen werden. Außerdem wären flexible Arbeitszeiten eine Möglichkeit, um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familien zu verbessern. Die eigentlich durch den Arbeitgeber erwartete Flexibilität der Arbeitszeiten, muss in eine zeitlich variable Ausgestaltung der Arbeitszeit auf Arbeitnehmerseite gewandelt werden.

Allein diese Beispiele zeigen, wie umfassend mögliche Handlungsoptionen betrachtet werden müssen, damit sie den gewünschten Erfolg erzielen und von Eltern in Anspruch genommen werden. Eine alleinige Erhöhung der Anzahl von Kinderkrippenplätzen oder das Angebot von Tagesmüttern, würde Eltern wohl kaum dazu bewegen, ihre Kleinkinder außerhalb der

---

<sup>14</sup> In den alten Bundesländern existiert eine Versorgungsquote von 2 Prozent und in den neuen Ländern von 50 Prozent an Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren, die aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert werden (vgl. BMFSFJ, 2003).

Familie betreuen zu lassen, um berufstätig sein zu können, wenn die Qualität dieser Betreuung mangelhaft ist und sich nicht mit den Arbeitsmarktanforderungen vereinbaren lässt.

### **5.2.2. Monetärer Ausgleich**

Hier werden finanzielle Leistungen auf staatlicher Seite dargestellt, welche einen Einfluss auf die Kinderzahl ausüben können. Eine erste konkrete familienpolitische Einflussnahme, die uns andere Länder aufzeigen, wäre die Einführung einer „Geschwindigkeitsprämie“, wie speziell Schweden es vormacht (siehe 4.4.2. Schweden). Dies könnte einen Versuch darstellen, Eltern zu bestärken, nicht nur ein, sondern mehrere Kinder zu realisieren und dies zeitlich nah beieinander. Auch der Ausbau, des bereits in Deutschland vorhandenen Kinder- oder Elterngeldes wäre eine Möglichkeit, die Anreize, ein Kind zu bekommen zu erhöhen. So könnte z.B. das Kindergeld für ein zweites oder drittes Kind deutlich höher sein, als für das erste.

Diese Vorschläge sind allesamt keine neuen Erkenntnisse, sondern häufig diskutierte Optionen für die Umgestaltung der aktuellen Familienpolitik in Deutschland (siehe Fengel, Oche, 2001; Höhn et al., 2006). Neben diesen vielfach genannten Optionen, existieren auch unauffälligere Ideen zur Verbesserung familienpolitischer Schritte, die ebenfalls diskussionswürdig sind und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Eine erste innovative Möglichkeit wird im Folgenden kurz dargestellt werden. Es handelt sich um eine interessante und erstaunlich nahe liegende Handlungsoption: die Reduzierung der Mehrwertsteuer für bestimmte Kinderprodukte, wie es die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. vorschlägt. Sie fordern konkret einen reduzierten Mehrwertsteuersatz auf zahlreiche Dienstleistungen und Produkte für Kinder, dazu zählen u.a. Babywindeln, Fläschchen, Schnuller, Kinderbekleidung, Kinderschuhe sowie Betreuungsdienste (vgl. AGF, 2007). Diese Steuererleichterung würde Familien direkt und ohne Umwege zu Gute kommen, da sie diese Produkte regelmäßig und in größerem Umfang konsumieren. All diese Optionen des monetären Ausgleichs können die Kosten für Kinder aktiv senken.

Auch bei diesen Anreizen ist zu beachten, dass sie nur dann sinnvoll sind, wenn die restlichen Rahmenbedingungen stimmen. Die Schaffung einzelner

Anreize zeigt nur geringe Wirkung, wenn nicht weitere politische Maßnahmen damit einhergehen, dabei sei auch auf ein Streben nach Geschlechtergleichheit bei gleichzeitiger Vereinbarkeit von Beruf und Familie hingewiesen.

### **5.2.3. Geschlechtergleichheit und Vereinbarkeitsproblematik**

Geschlechtergleichheit und eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zwei Konzepte, die miteinander einhergehen können, die sich aber auch in bestimmten Bereichen widersprechen. Dies sei folgend dargestellt.

Ein ansteigende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten bedeutet einen großen Schritt in Richtung Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt.<sup>15</sup> Im privaten Bereich ist eine Entwicklung hin zu mehr Geschlechtergleichheit bisher nur in sehr geringem Umfang zu beobachten. Frauen übernehmen immer noch einen Großteil der Hausarbeit und Elternaufgaben (vgl. BMFSFJ, 2006; Buba, Vaskovics, 1994; Geist, 2005). Es sind meist Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, wenn ein Kind geboren wird, um für eine gewisse Zeit zu Hause zu bleiben (BMFSFJ, 2003, 2006; Drobnič, 2003; Rosenfeld et al., 2004). Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist daher oft ein „Frauenproblem“. In diesem Sinne gehen Geschlechtergleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie miteinander einher. Sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im Privaten sollte eine Gleichstellung von Mann und Frau angestrebt werden. Das bedeutet vor allem, dass Männer stärker in die Verantwortung genommen werden müssen, dies dürfte aber zumindest im privaten Bereich durch familienpolitische Maßnahmen nur begrenzt zu erreichen sein. Vereinbarkeitsmaßnahmen hinsichtlich Beruf und Familie müssen als politisch angestrebte Ziele sowohl für Mütter als auch Väter wirken. Aktuell dürfte eine Verbesserung der Vereinbarkeit zum Teil auch in Richtung einer stärkeren Geschlechterungleichheit (insbesondere auf dem Arbeitsmarkt) wirken. Dies sei kurz erläutert. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann z.B. erreicht werden, indem vermehrt Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden oder, indem eine ausreichende Lohnersatzzahlung bei kinderbedingter Erwerbsunterbrechung geleistet wird. In dem Moment, wo hauptsächlich Frauen diese Teilzeitarbeitsplätze

---

<sup>15</sup> Von Geschlechtergleichheit ist aber noch nicht auszugehen, so verwenden Frauen immer noch weniger Zeit für Erwerbsarbeit als Männer (Buba, Vaskovics, 1994).

und Lohnersatzzahlung in Anspruch nehmen, verschlechtert sich ihre ökonomische Position auf dem Arbeitsmarkt und zum Teil auch im privaten, da die Abhängigkeit vom Partner zunimmt (für tiefergehende Betrachtungen siehe Stier, Lewin-Epstein, 2007).

Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Geschlechtergleichheit kann erreicht werden, indem der Stundenlohn in Teilzeit, dem Stundenlohn in Vollzeit Erwerbstätigkeit entspricht, die Elternzeit ausreichend lang und gut bezahlt ist und beiden Partnern gleichermaßen zugänglich ist. Die Diskriminierung von Müttern und Vätern auf dem Arbeitsmarkt muss abgebaut werden und die Elternzeit sollte für Renten- und Sozialversicherungsansprüche angerechnet werden (England, 2006). Dies alles gilt unter der Prämisse, dass Frauen und Männer sich gleichermaßen an Berufs-, Haus- und Elternaufgaben beteiligen. Ein Ziel von dem wir in Deutschland und auch in den meisten anderen europäischen Ländern bisher weit entfernt sind.

Neben diesen Veränderungen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei auch auf eine Flexibilisierung des Lebensverlaufs hingewiesen. Momentan ist in Deutschland ein recht starrer Lebenslauf in mehreren größeren Blöcken vorgegeben (vgl. Schmitt, 2007): Schule, Ausbildung oder Studium, Einstiegsjob, sichere Arbeitsstelle und dann vielleicht ein Kind. Es ist durchaus möglich, diese stringenten Verläufe zu unterbrechen und Studienphasen weiter hinten im Lebenslauf anzusiedeln und Elternschaft dafür vorziehen oder Kinder schon während der Ausbildung bzw. während des Studiums zu realisieren. Hier sei noch einmal darauf verwiesen, dass dazu gut ausgebaute, kinderförderliche Infrastruktur vorhanden sein muss (siehe 5.2.1. Infrastruktur). Genügend Beispiele, in denen Hochschulen ihren studierenden Familien unterstützen und eine Verbindung von Ausbildung und Kindern für möglich halten, gibt es schon (z.B. „Familie im Studium“, Helfferich et al., 2007). Eine Flexibilisierung des Lebenslaufs geht mit allen zuvor genannten politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen einher. Allgemein lässt sich sagen, dass ein Ziel familienpolitischer Maßnahmen sein muss, für Frauen und Männer zu verschiedenen Zeitpunkten im Leben die Möglichkeiten zur Elternschaft zu verbessern.

Neben diesen Einflussmöglichkeiten auf der Makroebene, darf die direkte soziale Umgebung und die damit individuelle Entscheidung für oder gegen ein Kind nicht vernachlässigt werden. Kinder müssen dabei als eine Art „gesellschaftliches Gut“ betrachtet werden, welches die Gesellschaft

bereichert. Sie wachsen heran und sind der Gesellschaft „nützlich“, ob als arbeitende Person oder als Nachbar oder Freund (England, 2006). Dementsprechend ist auch die Forderung nach mehr Einbeziehung von Personen, welche sich gegen eigene Kinder entscheiden zu verstehen. Die Gesellschaft muss also stärker an den Kosten für Kinder beteiligt werden (England, 2006) und Familienpolitik muss gesamtgesellschaftlich betrachtet werden.

Ein weiterer Aspekt auf gesellschaftlicher Ebene, der durch den Ländervergleich deutlich wurde, ist die Einstellung zu Kindern und berufstätigen Müttern, die sich (in Schweden und Frankreich) doch sehr von der in Deutschland vorherrschenden unterscheidet. Wie schon erwähnt, ist in diesen Ländern der Begriff der Rabenmutter gänzlich unbekannt, berufstätige Mütter sind gesellschaftlich akzeptiert und Kinder werden als Bereicherung und nicht als Last empfunden (vgl. Köppen et al., 2007). Die Förderung und Akzeptanz von Kindern und Familien ist auch in den Medien aktuell ein Thema, wie verschiedene Kampagnen zeigen (z.B. ARD-Themenwoche „Kinder sind Zukunft“ oder Mehr Zeit für Kinder e.V.).<sup>16</sup>

### **5.3. Fazit**

Die Vielzahl an Möglichkeiten (wie auch am Beispiel von Schweden und Frankreich dargestellt) zeigt, dass Familienpolitik unterschiedlichste Richtungen einschlagen kann. Allgemein soll Familienpolitik bedarfsgerecht sein, sie muss den unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gerecht werden. Infrastruktur (gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem, elternfreundliche Arbeitsplatzbedingungen) erscheint dabei wichtiger als monetärer Ausgleich. Familienpolitische Maßnahmen müssen gesamtgesellschaftlich wirken, dabei Personen, die sich gegen Kinder entscheiden ebenso einbinden, wie Mütter und Väter. Väter wurden bisher bei den Lösungsansätzen häufig ausgeklammert. Ein Umstand, der sich ändern muss. Im Rahmen dieser Arbeit wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Steigerung der Kinderzahl in Deutschland darzustellen. Auf Grund des begrenzten Umfangs konnten die einzelnen familienpolitischen Maßnahmen nicht umfassender analysiert werden. Die

---

<sup>16</sup> ARD-Themenwoche „Kinder sind Zukunft“: [www.kinder-sind-zukunft.ard.de](http://www.kinder-sind-zukunft.ard.de)  
Mehr Zeit für Kinder e.V.: [www.mzfk.de](http://www.mzfk.de)

Komplexität des Themas empfiehlt eine vertiefendere Beschäftigung mit der Fragestellung, wie die Kinderzahl in Deutschland gesteigert werden kann.

## Ergebnisse

Die geleisteten Transfers sowie die gegebene Infrastruktur hinsichtlich Kinderbetreuung und ähnlichem stellen die zentralen Unterscheidungsmerkmale familienpolitischer Maßnahmen dar.

Politische Maßnahmen haben Einfluss darauf, ob Kinder realisiert werden oder nicht.

Familienpolitik muss dem Bedarf zukünftiger und aktueller Eltern gerecht werden, damit diese sie auch in Anspruch nehmen wollen bzw. können.

Familienpolitik ist ein fortwährender Prozess. Sie muss aktuelle Veränderungen möglichst zeitnah einbeziehen und in gezielte, lösungsorientierte Strategien umsetzen.

Statt einer einzelnen familienpolitischen Maßnahme, muss vielmehr ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden, um möglichst viele verschiedene Gruppen in der Bevölkerung anzusprechen.

Das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern pro Frau ist kurzfristig auch bei bestmöglicher Familienpolitik nicht erreichbar. Ob dies über einen langfristigen Zeitraum möglich sein wird, bleibt und offen und eher unwahrscheinlich.

## Literaturverzeichnis:

- Andersson, G. (2007). Familienpolitik und soziale Sicherung in Schweden. Familienpolitik und soziale Sicherung in Europa. Erfahrungen aus Europa - Vorbild für Deutschland? G. Informationsdienst. Köln.
- Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (2007). EU-Familienverbände fordern reduzierte Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder, Pressemitteilung, Berlin,.
- Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (2007a). Offener Brief zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahre. Berlin.
- Balter, M. (2006). "The Baby Deficit." *Science* 312: 1894-1897.
- Becker, A. (2000). Mutterschaft im Wohlfahrtsstaat. Familienbezogene Sozialpolitik und Erwerbsintegration von Frauen in Deutschland und Frankreich Berlin.
- Bertram, H. (2006). Nachhaltige Familienpolitik im europäischen Vergleich Der demographische Wandel. P. A. Berger und H. Kahlert. Frankfurt/ Main, Campus Verlag: 203-236.
- Bertram, H. und W. Rösler (2005). Die Überbewertung der Kinderlosigkeit und die Bedeutung von Präferenzen, Beruf und Partnerschaft. Beitrag für das MPI, Workshop "Ein Leben ohne Kinder? Kinderlosigkeit in Deutschland". Rostock, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Birg, H. (2004). Bevölkerungsentwicklung, Heft 282. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Borchard, A. und Y. Stöbel-Richter (2004). Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren - eine qualitative Studie. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.
- Buba, H. und L. A. Vaskovics (1994). "Arbeitsteilung und Tagesablauf beim Übergang junger Paare zur Elternschaft." *Zeitschrift für Familienforschung* 6(3): 150-176.
- Bühler, C. (2006). "On the structural value of children and its implication on intended fertility in Bulgaria." MPIDR Working Paper WP 2006-003: 41.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006). Sozial-Kompass EUROPA - Soziale Sicherheit in Europa im Vergleich. Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003). Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006). Erziehungsgeld, Elternzeit. Das Bundeserziehungsgeldgesetz. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005a). Gender-Datenreport. München.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2007). "Elterngeld." von: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/familie,did=76746.html>, am: 12. Mai 2007.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Prognos AG (2005). Elterngeld und Elternzeit. Ein Erfahrungsbericht aus Schweden. Basel.
- Burguiere, A. (1986). Geschichte der Familie - 20. Jahrhundert. Paris, Magnusverlag.
- Burkart, G. (2006). Zaudernde Männer, zweifelnde Frauen, zögernde Paare: Wer ist Schuld an der Kinderlosigkeit?. Der demographische Wandel. P. A. Berger und H. Kahlert. Frankfurt/ Main, Campus Verlag: 111-135.
- Deter, G. (2003). Französische Familienpolitik - Funktion und Arbeitsweise der Caisse Familiale in Frankreich. *Auslandsinformationen Konrad Adenauer Stiftung*. Berlin. 7/2003.
- Dingeldey, I. (2000). Begünstigungen und Belastungen familialer Erwerbs- und Arbeitsmuster in Steuer und Sozialversicherungssystem - ein Vergleich zehn europäischer Länder. Gelsenkirchen.
- Dinkel, R. H. und U. H. Lebok (1997). "The Fertility of Migrants Before and After Crossing the Border: The Ethnic German Population from the Former Soviet Union as a Case Study." *International Migration* 35(2): 253-270.
- Dorbritz, J. (2004). "Kinderwünsche in Europa. Keine Kinder mehr gewünscht?" *BIB - Mitteilungen* 3(25).
- Dorbritz, J., C. Höhn, et al. (2005). The Demographic Future of Europe - Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Robert Bosch Stiftung, Wiesbaden, Stuttgart.
- Dorbritz, J. und J. Otto (2001). Familienpolitik und Familienstrukturen. Berlin.
- Dorbritz, J. und K. Ruckdeschel (2007). Kinderlosigkeit in Deutschland - ein europäischer Sonderweg? Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. D. Konietzka und M. Kreyenfeld. Wiesbaden.
- Dörfler, S. und B. Krenn (2005). Kinderbeihilfenpakete im internationalen Vergleich. Monetäre Transferleistungen und Steuersysteme im Bereich der Familienförderung in Österreich. Deutschland, Norwegen und Schweden. Wien.
- Drobnič, S. (2003). Ties between Lives. Dynamics of Employment Patterns of Spouses. *Social Dynamics of the Life Course*. W. R. Heinz und V. W. Marshall. New York, Aldine de Gruyter: 259-278.

- England, P. (2006). *Toward Gender Equality: Progress and Bottlenecks. The Declining Significance of Gender?*. Blau, M.C. Brinton, D.B. Grusky, New York: Russell Sage Foundation: 245-264.
- England, P. (2005). "Gender Inequality in Labor Markets: The Role of Motherhood and Segregation." *Social Politics* 12(2): 264-288.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge, Polity Press.
- Eurostat (2007a). *Europe in Figures, Eurostat yearbook 2006-07*, European Community.
- Eurostat (2007). Eurostat, European Community.
- Fagnani, J. (2007). *Familie und soziale Sicherung in Frankreich. Familienpolitik und soziale Sicherung in Europa. Erfahrungen aus Europa - Vorbild für Deutschland?* G. Informationsdienst. Köln.
- Fahey, T. und Z. Spéder (2004). *Fertility and family issues in an enlarged Europe*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Luxembourg Office for Official Publications of the European Communities.
- Fengel, R. und W. Oche (2001). *Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: der Schlüssel für eine kinderreichere Gesellschaft*. ifo Schnelldienst. München. 54.
- Gauthier, A. (1996). *The State and the family: a comparative analysis of family policies in industrialized countries*. Oxford, Clarendon Press
- Geist, C. (2005). "The Welfare State and the Home: Regime Differences in the Domestic Division of Labour." *European Sociological Review* 21(1): 23-41.
- Helfferrich, C., A. Hendel-Kramer, et al. (2007). *fast - Familiengründung im Studium*. Stuttgart, Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH.
- Henry-Hutmacher, C. (2005). *Familienpolitik in der Europäischen Union. Bevölkerungsorientierung trägt Früchte - ein Vergleich*. B. Vogel, Konrad Adenauer Stiftung.
- Hoem, J. (2005). "Why does Schweden have such high fertility?" *Demographic Research* 13: 559-572.
- Hoffman, L. W. (1975). "The Value of Children to Parents and the Decrease in Family Size." *Proceedings of the American Philosophical Society* 119(6): 430-438.
- Höhn, C., A. Ette, et al. (2006). *Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik*. Stuttgart, Robert Bosch Stiftung.
- Kaufmann, F. X. et al. (2002). *Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspective*. Oxford, Oxford University Press.
- Kistowski, K. G. v. und I. Cassens (2006). *Ein demografischer Ländervergleich: Deutschland, Österreich, Liechtenstein und die Schweiz*. Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels. Rostock.
- Klenner, C. (2002). "Geschlechtergleichheit in Deutschland?" *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 33-34 / 2002 17-28.
- Kohler, H.-P., J. R. Behrman, et al. (2005). "Partner + Children = Happiness? The Effects of Partnerships and Fertility on Well-Being " *Population and Development Review* 31(3): 407-445.
- Köppen, K., M. Mazuy, et al. (2007). *Kinderlosigkeit in Frankreich. Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. D. Konietzka und M. Kreyenfeld. Wiesbaden: 83-104.
- Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (2007). *Die Analyse von Kinderlosigkeit in Deutschland: Dimensionen - Daten - Probleme. Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. D. Konietzka und M. Kreyenfeld. Wiesbaden: 11-44.
- Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (2006). *Geburteneinbruch nach der Wende. Familienentwicklung in Ost und West*. Volume, DOI:
- Kreyenfeld, M. und D. Konietzka (2007a). *Kinderlosigkeit in Deutschland. Deutschland im Demografischen Wandel*. T. Tivig und P. Hetze. Rostock, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels: 22-23.
- Kühn, K. und J. Palme (2005). *Elterngeld und Elternzeit (Föräldraförsäkring och föräldraledighet)*. Ein Erfahrungsbericht aus Schweden. Basel, Prognos AG.
- Letablier, M.-T. (2002). "Kinderbetreuungspolitik in Frankreich und ihre Rechtfertigung." *WSI Mitteilungen* 3: 172.
- Mayer, J. und R. T. Riphahn (1998). "Fertility Assimilation of Immigrants: A Varying Coefficient Count Data Model." *Sonderforschungsbereich 386 der Ludwig-Maximilians-Universität München Paper* 140.
- Mayer, J. und R. T. Riphahn (1999). "Fertility Assimilation of Immigrants: Evidence from Count Data Models." *Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Discussion Paper No.52*.
- Milewski, N. (2006). "First child of immigrant workers and their descendants in West Germany: interrelation of events, disruption, or adaption?" *MPIDR Working Paper WP* 2006-034.
- Morgan, S. P. (2003). "Is low fertility a twenty-first-century demographic crisis?" *Demography* 40(4): 589-603.

- Münnich, D. M. (2006). "Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder." *Wirtschaft und Statistik* 6/2006: 644-670.
- Nauck, B. (2002). *Dreißig Jahre Migrantenfamilien in der Bundesrepublik. Familiärer Wandel zwischen Situationsanpassung, Akkulturation, Segregation und Remigration Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland*. R. Nave-Herz. Stuttgart, Lucius & Lucius.
- Nave-Herz, R. (2002). *Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland*. Rosemarie Nave-Herz, Stuttgart, Lucius und Lucius.
- Neyer, G. (2006). "Geburtenentwicklung und Familienpolitik: Ergebnisse vergleichender Studien zu den nordischen Ländern, Tätigkeitsbericht." MPI für Demographische Forschung - Tätigkeitsbericht 2006.
- OECD (2001). "OECD Employment Outlook" June 2001. Paris, OECD.
- Onnen-Isemann, C. (2003). "Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Europa. Frankreich und Deutschland." *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44 / 2003 31-38.
- Peuckert, R. (2005). *Familienformen im sozialen Wandel*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlag GmbH.
- Reuter, S. (2002). *Sonderfall Frankreich: Die zentrale Rolle der Familienpolitik im französischen Wohlfahrtsstaat und ihre Bedeutung für die Erwerbsintegration von Frauen*. 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 7.-11.10.2002. Leipzig.
- Rosenfeld, R. A., H. Trappe, et al. (2004). "Gender and Work in Germany: Before and After Reunification." *Annual Review of Sociology* 30: 103-124.
- Rowland, D. T. (2003). *Demographic methods and concepts*. New York, Oxford University Press.
- Ruckdeschel, K. (2004). "Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland." *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften* 29: 363-386.
- Schmitt, C. (2005). *Kinderlosigkeit bei Männern - Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft. Männer - Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung*. A. Tölke und K. Hank, VS Verlag für Sozialwissenschaften. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung.
- Schmitt, C. (2007). *Familiengründung und Erwerbstätigkeit im Lebenslauf*. aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmitt, C. und U. Winkelmann (2005). "Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern." DIW Berlin, Discussion Papers 473.
- Steiner, V., A. Baclet, et al. (2005). *Verteilungseffekte der staatlichen Familienförderung - Ein empirischer Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich*. Kurzexpertise. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW.
- Stier, H. und N. Lewin-Epstein (2007). "Policy Effects on the Division of Housework." wird veröffentlicht im: *Journal of Comparative Policy Analysis*.
- Strohmeier, H., K. P. Strohmeier, et al. (2006). *Familienpolitik und Familie in Europa - Literaturbericht*. Düsseldorf.
- Tivig, T. und P. Hetze (Hrsg.) (2007). *Deutschland im Demografischen Wandel*. Rostock, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels
- Ulrich, R. E. (2004). "Hintergrund: Deutschlands geringe Fertilität im internationalen Vergleich" *Migration und Bevölkerung* 9: 4-5.
- Veil, M. (2003). "Ganztagsschule mit Tradition: Frankreich." *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* (B 41/02): 29-37.
- Wagner, N. (2004). *Familienpolitik und Kinderbetreuung - Frankreich Klassenbester?* Paris, Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Wingen, M. (2001). *Familienpolitische Denkanstöße*. Vektor-Verlag, Graftschaff.